



Hannover, 04.02.2026

Förderaufruf

Qualifizierung, Stabilisierung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen in der Übergangsregion (ÜR) Niedersachsen

**im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
zur Unterstützung Regionaler Fachkräftebündnisse
durch Förderung von Fachkräfteprojekten für die Region 2021 — 2027
(„Unterstützung Regionaler Fachkräftebündnisse 2021 — 2027“)**

1. Ausgangslage und Ziele der Förderung

Langzeitarbeitslose, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Arbeitslose und Langzeitleistungsbeziehende sind für die Arbeitsförderung des Landes eine wichtige Zielgruppe. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt aktuell in Niedersachsen. Vorrangig besteht bei der Arbeitslosigkeit ein „Abgangsproblem“. Die Chance von arbeitslosen Menschen auf eine neue Beschäftigung ist sehr gering.

Gleichzeitig ist der niedersächsische Arbeitsmarkt konfrontiert mit neuen und komplexen Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen ist der - trotz steigender Arbeitslosigkeit - anhaltende Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Transformation der Arbeitswelt. Umso wichtiger ist es, alle Potenziale im Land zu heben und auch langjährig arbeitslose Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten so zu fördern, dass sie wieder am Arbeitsleben teilhaben können. Häufig sind bei länger arbeitslosen Menschen gleich mehrere Vermittlungshemmnisse vorhanden, die eine Integration in den Arbeitsmarkt erheblich erschweren. Sie reichen von fehlender Berufsausbildung oder -erfahrung, unzureichenden digitalen Fertigkeiten, über gesundheitliche Einschränkungen bis hin zu geringer persönlicher Motivation. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung gerichtet werden, damit diese langfristig einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten können.

Ziel des Förderaufrufes ist es, Menschen ohne Arbeit dabei zu unterstützen, einer Beschäftigung wieder näher zu kommen und bestehende Hürden aus dem Weg zu räumen. Mithilfe von Qualifizierung oder anderen Maßnahmen sollen die Menschen (wieder) an den Arbeitsmarkt herangeführt bzw. für diesen fit gemacht werden. Sie sollen motiviert und befähigt werden, ihre (bislang verborgenen) Fähigkeiten voll auszuschöpfen. Damit kann die Förderung

im Rahmen der Regionalen Fachkräftebündnisse einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft leisten.

2. Schwerpunkte, Zielgruppe, Fördervoraussetzungen und Interventionssätze

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung ruft hiermit dazu auf, Projektanträge einzureichen, die durch Qualifizierung, Betreuung und notwendige flankierende soziale Maßnahmen auf eine spätere berufliche Verwendung auf dem Arbeitsmarkt vorbereiten.

Die Projekte sollen dabei stets die Vermittlung in Arbeit im Blick haben. Im Fokus der Förderung stehen am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen wie Langzeitleistungsbeziehende, Langzeitarbeitslose und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Arbeitslose, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Bürgergeld) beziehen, die mit Hilfe der Förderangebote nach dem SGB II bislang nicht oder nicht ausreichend erreicht werden können und die besondere Unterstützung bei der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt benötigen, **insbesondere**

- **Personen im verfestigten (Langzeit-)Leistungsbezug,**
- **Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund – insbesondere geflüchtete Frauen**
- **(Allein-)Erziehende,**
- **Junge Erwachsene ohne (verwertbaren) Berufsabschluss.**

Insgesamt stehen für diese Projekte bis zu 3,0 Mio. Euro ESF+-Mittel in der Übergangsregion (ÜR) im Sinne der Nummer 1.3 der Richtlinie „Unterstützung Regionaler Fachkräftebündnisse 2021-2017“ zur Verfügung.

Die Projektkonzeptionen müssen auf eine spätere Integration in Arbeit ausgerichtet sein und können beispielhaft einzelne oder mehrere der folgenden Themen aufgreifen:

- Qualifizierungs- und Stabilisierungsbausteine sowie Coachings, die der (Wieder-)Herstellung der Beschäftigungsfähigkeit dienen.
- Maßnahmen zur Heranführung an und Vorbereitung auf berufliche Qualifizierungen und Weiterbildungen
- Niedrigschwellige (Teil-)Qualifizierungen in Vorbereitung auf eine Ausbildung oder Erwerb von berufsbezogenen Zertifikaten, die eine Arbeitsaufnahme unterstützen.
- Maßnahmen zur Betreuung und Heranführung von jungen Erwachsenen ohne (verwertbaren) Berufsabschluss an eine berufliche Ausbildung oder Weiterbildung.
- Maßnahmen zur Aktivierung, Motivierung und Stärkung des Selbstbewusstseins und damit der Eigenverantwortung der Teilnehmenden.
- Maßnahmen mit aufsuchender Arbeit und Heranführung an die Unterstützungsangebote des Jobcenters.
- Maßnahmen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen, z.B. durch Verknüpfung von Gesundheits- und Arbeitsförderung oder ein Gesundheitscoaching.
- Aktivitäten zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und zur stabilisierenden Nachbetreuung.
- Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Kompetenzen der Bürgergeldbeziehenden, auch in Bezug auf die spätere Nutzung der Online-Angebote der Jobcenter (sog. Digital-Scouts).

Bei Teilnehmenden mit Migrations- und Fluchthintergrund sind flankierende Angebote für Sprachförderung möglich. Reine Sprachfördermaßnahmen sind nicht zulässig.

Die Projekte sollen nach Möglichkeit praktische Anteile, Einblicke in die betriebliche Arbeit oder betriebliche Erprobungen (Praktika) enthalten.

Die Maßnahme muss nicht nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) zertifiziert sein.

Die Maßnahmen müssen im Vorfeld mit den örtlichen Jobcentern abgestimmt werden, damit sichergestellt werden kann, dass für die Durchführung der Maßnahmen ein ausreichendes Angebot an potenziellen Teilnehmenden bzw. vor Ort ein Bedarf für die Maßnahme vorhanden ist. Das Jobcenter muss die Einbeziehung in die Maßnahmeplanung und eine Unterstützung bei der Maßnahmeumsetzung bestätigen.

Das Projekt muss spätestens bis zum **31.12.2028** abgeschlossen sein, die individuelle Projektteilnahme richtet sich nach den Bedarfen der Teilnehmenden.

Die Förderung ist auf die Übergangsregion (ÜR) beschränkt. Der Interventionssatz für diesen Förderaufruf beträgt maximal 70 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben.

Abweichend von Ziffer 5.8 der Richtlinie entfällt die Bemessungsgrenze je Teilnehmerin oder Teilnehmer und Zeitstunde.

Weitere Fördervoraussetzungen und Hinweise sowie das Auswahlverfahren sind in der Richtlinie geregelt.

3. Schlussbestimmungen

Die Förderanträge müssen mit sämtlichen Unterlagen, einschließlich der Bestätigung des Jobcenters, bis zum **30.09.2026** bei der NBank eingegangen sein. Ausschlaggebend für die fristgerechte Antragsstellung ist der postalische Eingang der unterschriebenen Antragsunterlagen bei der NBank bzw. der Zeitpunkt der Antragstellung im Kundenportal der NBank. Eine Antragstellung ist ab dem Zeitpunkt der Durchführung der Informationsveranstaltung (s. unten) möglich. Die Anträge müssen spätestens 2 Monate vor dem Projektbeginn eingereicht werden.

Die Projekte sollen baldmöglichst beginnen. Der frühest mögliche Projektbeginn ist der 01.05.2026 und der späteste Projektbeginn ist der **01.12.2026**.

Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

Die NBank entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend der Reihenfolge der Antragseingänge, welche Projektanträge bewilligt werden.

Es ist eine digitale Informationsveranstaltung durch die NBank zum Förderaufruf für alle Interessierten am 12.02.2026 zwischen 10 bis 12 Uhr geplant. Bitte melden Sie sich hierfür bis zum 10.02.2026 per E-Mail bei den nachfolgend aufgeführten Ansprechpersonen der NBank an. Den Link zur Veranstaltung erhalten Sie nach der Anmeldung per E-Mail.

Für die persönliche Beratung und Hilfestellung bei der Antragstellung steht Ihnen die NBank gerne zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartner/-innen sind:

Benjamin Busch (Tel: 0511 30031-9269; benjamin.busch@nbank.de) und
Sabine Beckenbauer (Tel: 0511 30031-9327; sabine.beckenbauer@nbank.de)